

## Protokoll der Parteiversammlung vom 9. September 2022

---

Vorsitz: W. Portmann

Protokoll: A. Joss

Zeit: 19:30 Uhr – 21:00 Uhr

Ort: Restaurant Neubüel, Wädenswil

Anwesend: 15 Mitglieder und 1 Gast

Entschuldigt: Christina Zurfluh Nicolas Rasper, Philipp Klaus, Claudine Schneeberger, Doris Hungerbühler, Marco Kronauer

---

### 1. Einleitung/Grusswort des Präsidenten

Walter Portmann begrüsst die anwesenden Mitglieder und hält folgende Begrüssungsansprache:

«Liebe Mitglieder/Freunde und Mitstreiter

Zuerst wie immer das Organisatorische. Die Präsenzliste zirkuliert, bitte eintragen. Es liegen noch Expl. Für die anstehenden Initiativen auf, wer will und noch nicht unterzeichnet hat, soll dies doch jetzt noch nachholen.

Unsere Gesellschaft ist rigoros in Gefahr. Links-Grün will alles umkrempeln, unsere Werte und Traditionen werden mit Füßen getreten.

Wir haben die verschiedensten Themen wie Political Correctness, Woke-Irrsinn, Gender-Wahnsinn, die unmögliche Energiewende, Autoverteufelung und -verbote, Bauernanprangerung, Armeeabschaffung, kulturelle Aneignung, Meinungsfreiheit wird klar beschnitten (bestimmte Personen/Parteien kommen nicht zu Wort oder werden nicht eingeladen-> siehe auch Köppel am 1. August), etc., etc.\*\*

Die links-grünen Gruppierungen (wozu viele NGOs und NPOs auch zählen) wie auch Operation Libero haben eines im Sinn: Die Schweiz kaputt zu machen und sich der EU anbiedern, unsere Armee abzuschaffen und nur noch gut zu heissen, was sie selber für gut befinden. Intoleranz ist deren Credo, sogar mit Ansage, dass ggfs. Recht gebrochen werde, um die Ziele zu erreichen!! Das muss man sich mal vorstellen, das wäre ein Rückschritt ins Mittelalter mit Anarchie.

Es ist an der Zeit, aufzustehen und diesem Wahnsinn entgegenzutreten und zu stoppen.

Wir können und müssen nicht die Welt retten, wir wollen auch nicht durch Minderheiten uns vorschreiben lassen, wie wir zu denken, zu handeln, zu essen oder sonst wie zu leben haben.

Wir müssen die echten Probleme in der realen Welt anpacken: Zu viel Zuwanderung macht uns kaputt, 1. Und 2. Säule sind marod und brauchen Reformen, Armee stärken und aufrüsten, Landwirtschaft verbessern und stützen, vor allem auch in den Bergen, Beziehung CH-EU endlich fair regeln. Energiemangel beheben und Lösungen anstreben (die Energiewende ist gescheitert, EE bringen zu wenig). Unsere Schulbildung wird immer nur teurer, aber leider auch immer schlechter -> das ist unsere DNA, die da kaputt reguliert wird.

\*\*Einige Beispiele: Gendertoiletten an Schulen, Personen werden benachteiligt oder nicht bedient, weil sie SVP-Mitglieder sind, die Energiewende führt in die Katastrophe und ist nicht bezahlbar, Autos sind unverzichtbar für den Wohlstand, deren Schikanierung gefährdet diesen erheblich, Meinungsfreiheit wird mit Woke-Irrsinn und Political Correctness abgeschafft (BR und

Medien ziehen da voll mit !!). Man schreckt nicht vor fake news zurück, lügt das Volk bewusst an und zeigt auch ohne Scham gefälschte Bilder. -> viele Leute verkennen die Wirklichkeit und sind den Medien hörig, glauben ohne zu hinterfragen.  
Ich bitte Euch alle, dies wirklich ernst zu nehmen und nicht zu meinen, dass es eine vorübergehende Modeströmung sei, denn links-grün meint es ernst mit ihren Absichten.  
Kommen wir aber nun zu den Traktanden. Sofern keine Einwände oder Änderungswünsche sind, gehen wir gemäss diesen vor.»

## 2. **Protokoll der Parteiversammlung 27. Januar 2022**

Das Protokoll der Parteiversammlung liegt auf und wird genehmigt.

## 3. **Eidgenössische Abstimmungen**

### a) Massentierhaltungsinitiative

Sandy Bossert informiert:

Sie hält fest, dass es eine Massentierhaltung aufgrund bereits bestehender Vorgaben in der Schweiz gar nicht gebe. Es bestehe bereits eine Obergrenze von 18'000 Hühnern bzw. von 1'500 Schweinen pro Betrieb. Die Initiative habe eigentlich zum Ziel vorzuschreiben, was der Einzelne essen soll und was nicht. Dagegen sei anzutreten. Ein durchschnittlicher Bauernbetrieb habe 20 Hektaren. Aktuell sei bereits klar definiert und werde kontrolliert, wie viele Ausscheidungen/ Nährstoffe pro Hektare zulässig seien. Was die Grünen dazu vorbringen, stimme nicht. Die Initiative sei ein Schuss ins Knie, was die Initiative festschreiben wolle, gehöre zudem nicht in die Verfassung. Bio-Produkte würden in den Läden liegen bleiben. Schweizer Bauern wären gehalten die Initiativvorgaben zu erfüllen, während dies nicht auch auf Importprodukte zutrefe. Damit resultiere eine Ungleichbehandlung der Schweizer Bauern. Es sei deshalb ein klares Nein in die Urne zu werfen.

Walter Portmann ergänzt, dass bei Annahme der Initiative einfach die Importe steigen würden. Das Bevölkerungswachstum sei ein Fakt, was auch zu einer erhöhten Nachfrage nach Fleischprodukten führe.

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Nein-Parole**.

### b) Zusatzfinanzierung AHV durch Mehrwertsteuererhöhung/ c) AHV-21

Walter Portmann informiert:

«Die 2 Abstimmungen über die Erhöhung des Rentenalters der Frauen und der Erhöhung der Mwst gehören zusammen. Entweder stimmt man 2x NEIN oder 2 x JA.

Frauen sind in der AHV nicht benachteiligt. Sie gingen jeweils 3 Jahre früher in Rente und lebten 5 Jahre länger. Heute 1 Jahr früher und 4 Jahre länger. Zudem beziehen Frauen eher mehr Rente als sie aufgrund ihrer Einzahlungen zugute hätten. Die Angleichung des Rentenalters ist also logisch und richtig.

Es werden auch keine Leistungen gekürzt, wie von linker Seite behauptet wird. Die Anpassung erfolgt ja schrittweise und die 9 ersten Jahrgänge erhalten Ausgleichszahlungen. Zudem wird die Mwst um 0,4% erhöht, womit auch die Rentner/-innen im Bezug also mitfinanzieren, was auch richtig ist.

Weiter wird das Rentenalter flexibilisiert, zw. 63 – 70 Jahren kann man in Rente gehen. BR, beide Parlamente, alle bürgerlichen Parteien, die EVP, alle Jungparteien, Economiesuisse, der Schweiz. Arbeitgeberverband, der Schweiz. Bauernverband, Pro Senectute und viele Frauenorganisationen bejahen diese Reform.

Diese Reform muss gelingen, sie ist der erste Schritt zur Sanierung und Stabilisierung der AHV. Daher empfehle ich, stimmen wir deutlich 2 x JA.»

Die Versammlung beschliesst mit 13 zu 0 bei 2 Enthaltungen die **Ja**-Parole.

#### d) Verrechnungssteuergesetz VstG

André Zürrer informiert:

«Der Bund erhebt auf Einkommen aus Zinsen eine Verrechnungssteuer von 35 Prozent. In der Schweiz wohnende Privatpersonen können diese zurückfordern, wenn sie die Zinsen in der Steuererklärung angeben. Auf Zinsen aus Obligationen fällt die Verrechnungssteuer nur an, wenn die Obligationen in der Schweiz ausgegeben wurden. Dies ist ein Nachteil für die Schweizer Wirtschaft. Um Geld aufzunehmen, geben viele Unternehmen ihre Obligationen deshalb in Ländern aus, in denen keine Verrechnungssteuer erhoben wird. Schweizer Unternehmen sollen Obligationen vermehrt in der Schweiz ausgeben. Darum werden mit der Vorlage inländische Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit. Schweizer Obligationen würden so für Anlegerinnen und Anleger attraktiver. Weiter fällt mit der Vorlage auch die Umsatzabgabe für inländische Obligationen und weitere Wertpapiere weg. Diese muss heute beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren bezahlt werden. Beide Massnahmen kämen der Schweizer Wirtschaft zugute. Im günstigsten Fall könnte sich die Reform bereits im Jahr des Inkrafttretens selbst finanzieren. Gegen die Reform wurde das Referendum ergriffen. Das Komitee geht davon aus, dass die Vorlage mehr Steuerhinterziehung zur Folge haben wird. Empfehlung von Bundesrat und Parlament sei ein klares Ja.

Bundesrat und Parlament wollen abgewanderte Arbeitsplätze und verloren gegangene Steuereinnahmen in die Schweiz zurückholen. Die Reform stärkt den Schweizer Obligationenmarkt und den Werkplatz Schweiz. Viele Unternehmen platzieren ihre Obligationen im Ausland. Das Rückkehrpotenzial betrage laut Banken bis 900 Mrd. Von den zurückgeholten Steuereinnahmen würden alle profitieren. Das Gemeinwesen könne bei der Finanzierung infolge tieferer Zinsen profitieren. Die SP trete dagegen an und argumentiere, dass die Abschaffung nur die grössten 200 Unternehmen begünstigen würden. Es würden Steuerausfälle von 800 Mio. resultieren. Dies stimme nicht. Der Bund habe ausgerechnet, dass es aber nur 500 Mio. seien. Der Vorteil sei, dass die Unternehmen das Geld dann in der Schweiz investieren würden und nicht mehr im Ausland (wo es keine Verrechnungssteuer gebe). Im günstigsten Fall könnte sich die Reform bereits im Jahr des Inkrafttretens selbst finanzieren.»

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Ja**-Parole.

#### **4. Kantonale Abstimmungen**

##### a) Änderung der Verfassung des Kantons Zürich (Gegenvorschlag zur Kreislauf-Initiative)

Walter Portmann informiert:

«Es geht hier um den Produktkreislauf in der Wirtschaft. Es soll künftig weniger verbrannt und weniger auf Deponien gelagert werden. Das Recycling muss verbessert werden, damit eine Kreislauf-Wirtschaft entsteht und eine Schonung aller Ressourcen erfolgen kann. Der Gegenvorschlag erfolgte auf die von links-grün eingereichte Initiative, welche der RR abgelehnt hatte, womit automatisch eine Abstimmung notwendig wurde. Dieser Gegenvorschlag soll nun in der Kantonsverfassung im neuen Artikel 106a, Abs. 1 Aufnahme finden. Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen einstimmig ein JA. Ich empfehle ebenfalls, diesem Gegenvorschlag zuzustimmen.»

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Ja**-Parole.

## b) Volksinitiative „Keine Steuergeschenke an Grossaktionäre/-innen»

Walter Portmann informiert:

«Es handelt sich einmal mehr um eine Neidkampagne von Links, dieses mal aus der Ecke der AL.

Es soll eine höhere Besteuerung von Einkünften aus Beteiligungen an Unternehmen erfolgen (AG, GmbH wie auch Genossenschaften), wenn man 10% oder mehr davon besitzt. Das Geld, dass die Leute einsetzen, wurde aber bereits früher als Einkommen und mehrfach als Vermögen versteuert. Falls die Erhöhung zustande käme, wäre diese eine effektive Gewinnsteuermehrbelastung von 7%!

Zum Vergleich mit anderen Kantonen:

Kanton	Teilbesteuerungssatz in %	Effektive
Gewinnsteuerbelastung		
ZH (neu)	70	19,65
SZ	50	14,06
ZG	50	11,85
TG	60	13,21

Der Kanton Zürich würde nebst den Nachteilen bei der Unternehmenssteuer einen weiteren Standort-Nachteil erleiden. Das gilt es zu verhindern, denn Linke wollen nur mehr Geld für ihre Utopie-Anliegen und die Schmarotzer in Kulturkreisen und auf den Beamtenstühlen.

Der Schuss könnte bei Wegzug von Vermögenden und Firmen als auch Nichtansiedelung hier im Kanton Zürich gewaltig nach hinten losgehen.

Regierungsrat und Kantonsrat lehnen diese Initiative klar ab.

Stimmen Sie ebenfalls klar NEIN.»

Die Versammlung beschliesst einstimmig die **Nein**-Parole.

## **5. Bericht aus der Fraktion**

Charlotte Baer verliest den Bericht aus der Fraktion:

### **«I. Einleitung und Überblick**

Die neue Legislatur befindet sich noch immer in der Aufwärmphase. Bis jetzt hatten wir erst drei Gemeinderatssitzungen mit Sachgeschäften – darunter im Juni die Rechnungsabnahme.

#### *1. Behörden- und Fraktionstagung vom 27. August 2022*

An der Behördentagung vom 27. August 2022 haben sich Fraktion, Behörden- und Vorstandsmitglieder aber auf die angebrochene Legislatur vorbereitet und sozusagen ein Legislaturprogramm definiert. Dieses basiert natürlich auf unseren Wahlversprechen vom 27. März 2022, die wir jetzt umsetzen müssen. Das ist unser Wählerauftrag. Ich verweise dazu auf unseren **Flyer**:

# Dafür setzen wir uns ein:

**Tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren,**  
damit uns allen mehr Geld zum Leben bleibt!

**Gesunde Gemeindefinanzen und weniger Schulden,**  
damit unsere Kinder und Nachkommen nicht die Zeche für unsere Schuldenwirtschaft mit noch höheren Steuern zahlen müssen!

**Mehr Sicherheit durch mehr Polizeipräsenz am Abend und in der Nacht,** damit wir alle sicherer leben können und es weniger Gewalt und Kriminalität gibt!

**Klima- und Umweltschutz mit Augenmass**  
statt mit Bevormundung und Verboten!

**Weniger Vorschriften, Abgaben und Gebühren und eine schlankere und bürgerfreundliche Verwaltung,**  
damit wir wieder mehr Freiheit haben!

**Mehr Mitsprache und Einfluss für Hütten und Schönenberg,** damit sich niemand benachteiligt fühlt.

## Die richtige Wahl für Wädenswil

Sonntag, 27. März 2022



### 2. Rechnung der Stadt Wädenswil 2021

Zur **städtischen Rechnung** noch eine Bemerkung: Diese hat ja mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3.4 Mio. deutlich besser abgeschlossen als budgetiert. Das darf aber nicht zu Euphorie verleiten. Für dieses positive Ergebnis sind nämlich fast ausschliesslich Sondereffekte verantwortlich, wie höhere Steuereinnahmen und ein verbesserter Finanzausgleich. Sparanstrengungen oder Effizienzsteigerungen vonseiten der Stadtverwaltung sind dafür nicht hauptverantwortlich. Im Hinblick auf die bald wieder anlaufende **Budgetdebatte** müssen die SVP-Fraktion und die Bürgerliche Allianz hier voll am Ball bleiben und sich auch in Zukunft für einen sorgsamem Umgang mit den Steuergeldern einsetzen.

### 3. Masseneinbürgerungen!

Seit mit der neuen Geschäftsverordnung sämtliche Einbürgerungsgesuche in die Kompetenz des Gemeinderats fallen, erkennen wir die **grosse Masse von Einbürgerungen**. Pro GR-Sitzung sind das häufig 20–30 *Gesuche*, und ein Gesuch kann gut und gerne eine vier- bis fünfköpfige Familie umfassen. Man muss also nicht Mathematiker sein, um zu ermitteln, wie viele Personen das letztlich sind! Allerdings ist die Gesetzgebung zur Bürgerrechtserteilung hauptsächlich Bundes- und teilweise Kantonssache. Die Gemeinden haben fast nur noch Vollzugsaufgaben und wir können **praktisch nur noch zusehen, wie unser Schweizerbürgerrecht verschenkt – um nicht zu sagen – verschleudert wird!** Immerhin sind wir sehr froh, dass wir mit Sandy Bossert in der Bürgerrechtskommission eine starke SVP-Vertretung haben, die – so gut dies eben möglich ist – die SVP-Standpunkte vertritt.

## II. Pendente Geschäfte

### 1. Volksinitiativen

Zurzeit sind drei Volksinitiativen hängig, die der Gemeinderat zu behandeln hat:

- ♣ Weisung 1: *Volksinitiative «Primarschule in allen Ortsteilen der Gemeinde Wädenswil»*. Leider muss diese aus formellen Gründen für ungültig erklärt werden, da sie gegen übergeordnetes kantonales Recht (VSG, VSV) verstösst. Ein kürzlich geführtes Gespräch mit dem Stadtrat Primarschule, Pierre Rappazzo, hat aber gezeigt, dass er dennoch bestrebt ist, dem Anliegen der Initianten bestmöglich Rechnung zu tragen und eine Beschulung im Berg von der 1. Kindergarten-

bis zur 6. Primarklasse, wenn immer möglich, zu gewährleisten. Überhaupt klappt der Austausch der SVP mit Pierre Rappazzo sehr gut. Er nimmt sein Stadtratsmandat ernst und vertritt als Grünliberaler doch eine bürgerliche Politik.

Weiter pendent sind noch zwei links/grüne Anliegen:

- ♣ Weisung 2: *Volksinitiative «Für einen einfachen und direkten Seezugang»*, Stichwort Tiefenhof-Passerelle. Zwar lehnt der Stadtrat diese VI ab, unterbreitet aber einen Gegenvorschlag, indem er eine solche Passerelle als Gestaltungsplanpflicht zum Blattmann-Areal aufnehmen will. Das Geschäft kommt demnächst zur Vorberatung in die RPIK. Nach aktuellem Wissensstand ist nicht davon auszugehen, dass die SVP-Fraktion diesen Gegenvorschlag unterstützen wird.
- ♣ *Volksinitiative «Für den Erhalt der Freizeitanlage Untermosen»*. Diese will, dass die FZA im bisherigen Umfang bestehen bleibt und die Stadt einen jährlich wiederkehrenden Unterstützungsbeitrag von CHF 600'000 beisteuert. Im Juli 2022 hat der Stadtrat allerdings signalisiert, dass er bereit ist, ein neues Konzept der FZA mit dem Titel «Offene Werkstätten Wädenswil» mit CHF 80'000 zu unterstützen; zudem will er die Räumlichkeiten in der Schulanlage Untermosen unentgeltlich zur Verfügung stellen. Auch dieses Geschäft kommt demnächst in die Vorberatung, vermutlich in die SAKO. Grundsätzlich ist die SVP aber der Meinung, der Betrieb einer FZA gehöre nicht zu den öffentlichen Kernaufgaben, welche die Steuerzahlenden finanzieren müssen.

## 2. Privater Gestaltungsplan MEWA

Eine weitere Weisung Nr. 3 betrifft die Festsetzung des privaten Gestaltungsplans MEWA. Das heutige MEWA-Areal soll zu einem zeitgemässen Quartier umgestaltet werden. Angestrebt wird eine Mischnutzung von Wohnen und Arbeitsplätzen. Die RPIK beginnt m.W. nächste Woche mit der Vorberatung des Geschäfts.

## 3. Vorstösse der SVP-Fraktion

Dann haben wir, basierend eben auf unserem Wählerauftrag Vorstösse lanciert, wobei Sicherheitsfragen und die Asylpolitik im Vordergrund stehen:

- ♣ Interpellation betreffend Schutzraumplätze für die Wädenswiler Bevölkerung (Bruno Cogliati).
- ♣ Dringliche Interpellation betreffend Asylunterkünfte (Charlotte M. Baer).

Zudem haben wir schon und werden wir auch in Zukunft vom neuen Instrument der parlamentarischen Fragestunde Gebrauch machen; dies für eher untergeordnete Einzelfragen:

So hat sich Bruno Cogliati nach dem Zugang zum Seeplatz für Lastwagen in Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnhofs erkundigt. Und Sandy Bossert fragt, wie lange ein verwehrter Lastwagenanhänger auf der Alten Zugerstrasse von der Stadt noch geduldet werde.

Überhaupt wird sich die SVP-Fraktion in der laufenden Legislatur vermehrt mit parlamentarischen Vorstössen einbringen müssen, weil wir ja leider nicht mehr im Stadtrat vertreten sind.

## 4. Totalrevision BZO

Voraussichtlich im ersten Quartal 2023 wird uns dann die Totalrevision der BZO beschäftigen. Dazu hat ja ein umfangreiches öffentliches Mitwirkungsverfahren mit Informationsabenden, Quartiersspaziergängen und Workshops stattgefunden. Es sind denn auch viele Einwendungen eingegangen. Zudem hat sich der Kanton anlässlich der Vorprüfung noch eingebracht. Der Stadtrat befasst sich nun mit diesen Rückmeldungen und wird anschliessend die Weisung ausarbeiten, welche zur Vorberatung in die RPIK kommt.

## III. Schlussbemerkung

Für ausführliche Informationen über unsere Vorstösse und unsere Gemeinderatspolitik überhaupt verweise ich im Übrigen auf die Fraktionsberichte auf unserer Homepage. Auch ist es nicht verboten, einmal an einer Fraktions- oder an einer Gemeinderatssitzung teilzunehmen; die Daten sind ebenfalls auf der Homepage aufgeschaltet.»

## 6. Bericht aus der Schulpflege

Entfällt.

## 7. Diverses

Es wird eine Diskussion über die Zustände bzw. über Führungsdefizite im Departement Gesellschaft von Daniel Tanner geführt.

Ferner wird der aktuelle Stand betreffend dem Schiff Glärnisch (Zukunftspläne etc.) geführt. Es wird auf ein hängiges Baubewilligungsverfahren hingewiesen.

Für das Protokoll:



A. Joss

Wädenswil, 9. September 2022